

Landtag

25. Sitzung vom 11. Dezember 1985

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender: Erster Präsident Sallaberger.

Schriftführer: Die Abg Maria Kuhn und Holub sowie die Abg Mag Dipl Ing Regler und Mag Eva Petrik.

Präsident Sallaberger eröffnet die Sitzung.

1. Die Abg Glück, Kopfensteiner und Prochaska sind entschuldigt.

2. In der Fragestunde werden von Präsident Sallaberger die folgenden Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 758/LM/85): Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz an den Landeshauptmann:

Zu welchem Ergebnis haben die Gespräche mit den Sozialpartnern hinsichtlich einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Wien geführt?

2. Anfrage (PrZ 800/LM/85): Abg Prof Dr Welan an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst:

Wann wird der Naturschutzbeirat auf Grund des neuen Wiener Naturschutzgesetzes, das bereits am 1. März 1985 in Kraft getreten ist, endlich konstituiert werden?

3. Anfrage (PrZ 799/LM/85): Abg Hahn an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst:

Gibt es eine verbindliche Reihenfolge der Verwirklichung jener Umweltschutzinvestitionen, die im Rahmen eines Vertrags mit dem Bund nach Art 15 a BVG vom Wasserwirtschaftsfonds finanziert werden sollen?

4. Anfrage (PrZ 803/LM/85): Abg Ing Svoboda an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Inwieweit wurde das Gesetz vom 26. April 1985, LGBl für Wien Nr 33/1985, mit welchem das Gesetz über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen rückwirkend aufgehoben wurde, bereits vollzogen?

5. Anfrage (PrZ 804/LM/85): Abg Hufnagl an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung:

Wie ist der Stand der Verhandlungen über die Novelle des Bundesstraßengesetzes?

6. Anfrage (PrZ 773/LM/85): Abg Mag Kauer an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz:

Wann ist mit der Vorlage des Entwurfs eines eigenen Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetzes zu rechnen?

7. Anfrage (PrZ 798/LM/85): Abg Dr Hirnschall an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Wird es entsprechend Ihren Vorschlägen auf Grund der Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofs zu neuen Finanzausgleichsverhandlungen kommen?

8. Anfrage (PrZ 802/LM/85): Abg Elisabeth Dittrich an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz:

Gibt es seitens der Bediensteten der Stadt Wien Anträge auf Herabsetzung der Arbeitszeit auf die Hälfte wegen Pflege oder Betreuung naher Angehöriger, wie dies seit 1. Oktober 1985 auf Grund der Dienstordnung 1966 möglich ist?

9. Anfrage (PrZ 805/LM/85): Abg Oblasser an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst:

Wie ist der letzte Stand der Arbeiten des Unterausschusses, der sich mit der Gesetzesvorlage über den umfassenden Schutz des Wienerwaldes und anderer bedeutender Grünbereiche beschäftigt?

10. Anfrage (PrZ 760/LM/85): Abg Dr Hirnschall an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst:

Welche Zusage des Landes Niederösterreich beziehungsweise der betroffenen Gemeinden in Niederösterreich haben Sie für die Errichtung optimaler Kläranlagen im Hinblick auf die Errichtung der Staustufe Wien bisher erhalten?

3. Präsident Sallaberger teilt mit, daß von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs eine schriftliche Anfrage eingebracht wurde:

(PrZ 680/LF.) Anfrage der Abg Dr Hirnschall und Dipl Ing Dr Pawkowicz an den Landeshauptmann, betreffend Inanspruchnahme des Bundesländerhauses.

(PrZ 686/LAt.) Präsident Sallaberger teilt mit, daß die Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz und Dr Hirnschall einen Antrag, betreffend Erklärung des Wienerwaldes zum Bannwald, eingebracht haben, und erklärt nach gestellter Unterstützungsfrage den Antrag wegen nicht genügender Unterstützung für erledigt.

Berichterstatter: Amtsf StR Friederike Seidl


4. (PrZ 3628, P 1.) Der in der Beilage Nr 22 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1967 (27. Novelle zur Besoldungsordnung 1967), das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagengesetz 1966 (7. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagengesetz 1966) und die Dienstordnung 1966 (12. Novelle zur Dienstordnung 1966) geändert werden, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

5. (PrZ 3629, P 2.) Der in der Beilage Nr 23 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Vertragsbedienstetenordnung 1979 (10. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979) geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

Berichterstatter: LhptmSt M a y r

6. (PrZ 3549, P 3.) Der in der Beilage Nr 24 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wasserversorgungsgesetz 1960 geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

Der Schriftführer:



7. (PrZ 3568, P 4.) Der in der Beilage Nr 25 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978 geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Redner: Die Abg Dkfm Hilde Schilling und Ing Svoboda.)

Der Abänderungsantrag der Abg Dkfm Hilde Schilling und Daller, betreffend die Novelle des Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetzes — keine Verrechnung einer Abwassergebühr für Gartenwasser —, wird abgelehnt.

(Schluß um 10.47 Uhr.)

Der Vorsitzende:



Erster Präsident